Auslegung des Hessischen Spielhallengesetzes (HSpielhG) vom 17. November 2022

Häufig gestellte Fragen:

A. Sozialkonzept

1. Welche zusätzlichen Anforderungen an das Sozialkonzept der Betreiberinnen und Betreiber stellen §§ 6 GlüStV 2021, 4 HSpielhG allgemein gegenüber der alten Rechtslage auf?

- a) Ausdrücklich wird in § 6 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 GlüStV 2021 nunmehr die Benennung eines Spielerschutzbeauftragten (bzw. laut Begründung zu § 6 GlüStV 2021: „**Umsetzungsverantwortlicher**“) neben dem Beauftragten für das Sozialkonzept genannt. Die Spielerschutzbeauftragten galten allerdings in der Praxis auch bisher als selbstverständlicher Bestandteil des Sozialkonzepts.
- b) Neu ist, dass die Veranstalterinnen und Veranstalter interne **Unternehmenskommunikation, Werbung und Sponsoring** explizit an den Zielen des Spieler- und Jugendschutzes ausrichten müssen.
- c) Deutlich konkreter formuliert werden die Anforderungen an die **Schulungen**: ihnen müssen sich nicht nur Aufsichtspersonal und Beauftragte von Sozialkonzept und Spielerschutz, sondern auch – sofern nicht mit letzteren identisch – die Erlaubnisinhaberinnen und Erlaubnisinhaber (= Betreiberinnen und Betreiber) unterziehen (§ 6 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 GlüStV 2021 i.V.m. § 4 Abs. 1 Satz 3 HSpielhG). Letzteren werden wie dem (übrigen) Personal von Einzelspielhallen gem. § 4 Abs. 1 Satz 3 HSpielhG **alle drei Jahre acht Unterrichtsstunden** auferlegt.
- d) Verschärfte Anforderungen gelten für **Einzelspielhallen mit geringerem Mindestabstand** (§ 3 Abs. 2 Satz 2, Abs. 3 Satz 2 HSpielhG) sowie für **Verbundspielhallen** (§ 13 Abs. 1 HSpielhG) (Ausnahmespielhallen). Ihre Betreiberinnen und Betreiber müssen

außerdem einmalig zehn Unterrichtsstunden mit einer abschließenden Prüfung insbesondere über die glückspielbezogenen Themen der Gewerbeordnung (GewO), der Spielverordnung (SpielV), des HSpielhG sowie der landes- und bundesrechtlichen Vorgaben zum Spieler- und Jugendschutz unter Berücksichtigung der spezifischen Bedeutung von geringeren Mindestabständen bzw. von Verbundspielhallen absolvieren. Das Personal dieser Ausnahmespielhallen muss alle zwei Jahre acht Unterrichtsstunden auch im Hinblick auf die dort bestehenden besonderen Herausforderungen für den Spieler- und Jugendschutz bestreiten (Einzelheiten s.u.).

- e) Ausdrücklich ins Sozialkonzept aufgenommen werden muss eine **Konzeption für den Spieler- und Jugendschutz einschließlich des Abgleichs mit der Sperrdatei OASIS** sowie ein umfassender **Aufklärungsplan** (§ 6 Abs. 2 Satz 3 Nr. 4, 5 GlüStV 2021).
- f) Auch die **Maßnahmen zur Früherkennung und Frühintervention, Umsetzung der Sperrverfahren mit Selbst- und Fremdsperren, kontinuierlichen Dokumentation und Berichterstattung** müssen nunmehr deutlich ins Sozialkonzept aufgenommen werden (§ 6 Abs. 2 Satz 3 Nr. 6, 7, 8, 9,10 GlüStV 2021).

Alte Fassung	Neue Fassung
<p>Sozialkonzept: §§ 3 SpielhG 2012, 6 GlüStV 2012 und Anhang (Richtlinien zur Vermeidung und Bekämpfung von Glücksspielsucht)</p> <ul style="list-style-type: none"> - darlegen, mit welchen Maßnahmen den sozial schädlichen Auswirkungen des Glücksspiels vorgebeugt werden kann und wie diese behoben werden sollen - Sozialkonzept nach dem aktuellen Stand der suchtwissenschaftlichen Forschung zu entwickeln oder von öffentlich geförderten Suchthilfeeinrichtungen zu übernehmen - Alle zwei Jahre aktualisieren - Benennung eines Beauftragten für das Sozialkonzept - Alle zwei Jahre Berichterstattung über die Auswirkungen der angebotenen Glücksspiele und den Erfolg der von 	<p>Sozialkonzept: §§ 2 Abs. 4, 4 Abs. 1 HSpielhG, 6 GlüStV 2021</p> <ul style="list-style-type: none"> - darlegen, mit welchen Maßnahmen den sozialschädlichen Auswirkungen des Glücksspiels vorgebeugt werden kann und wie diese behoben werden sollen - Alle zwei Jahre aktualisieren <p>Mindestinhalte:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Benennung von Beauftragten für das Sozialkonzept und bei Spielhallen auch Benennung einer verantwortlichen Person vor Ort (Umsetzungsverantwortlicher/ Spielerschutzbeauftragte) 2. Berücksichtigung der Anliegen nach § 6 Abs. 1 GlüStV 2021 in allen Bereichen, also Kommunikation, Werbung, Sponsoring

<p>Ihnen zum Spielerschutz getroffenen Maßnahmen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Personalschulung durch öffentlich geförderte Suchthilfeeinrichtungen - Einrichtung einer Telefonberatung 	<ol style="list-style-type: none"> 3. Regelmäßige (alle drei bzw. zwei Jahre, s.o.) Personalschulungen für das Aufsichtspersonal in den Spielstätten, für die Erlaubnisinhaberinnen und Erlaubnisinhaber sowie für die Beauftragten gemäß Nummer 1 unter Einbindung suchtfachlich sowie pädagogisch qualifizierter Dritter mit folgenden <u>Mindestinhalten</u>: <ol style="list-style-type: none"> a) Rechtsgrundlagen zum Jugend- und Spielerschutz unter Berücksichtigung der verschiedenen Glücksspielformen, b) Kenntnissen zur Glücksspielsucht einschließlich anbieterunabhängiger Hilfeangebote und c) Vermittlung von Handlungskompetenzen insbesondere in der Früherkennung auffälligen Spielverhaltens und Kommunikation mit Spielerinnen und Spielern. 4. Umsetzung des Jugendschutzes und der Identitätskontrollen einschließlich des Abgleichs mit der Sperrdatei 5. Aufklärung nach § 7 GlüStV 2021 einschließlich des Verweises auf die Telefonberatung mit bundesweit einheitlicher Telefonnummer und der Bereitstellung von Informationen mit folgenden <u>Mindestinhalten</u>: <ol style="list-style-type: none"> a) Suchtrisiko und mögliche negative Folgen der verschiedenen Glücksspiele, b) Teilnahmeverbot Minderjähriger, c) Hinweise zu verantwortungsbewusstem Spielverhalten, d) Möglichkeit der Einschätzung des eigenen Spielverhaltens und der persönlichen Gefährdung, e) Hinweise zu anbieterunabhängigen Hilfeangeboten, wobei bei Glücksspielen im Internet der direkte Aufruf der Internetdomains von unabhängigen Beratungsinstitutionen zu ermöglichen und auf die Unabhängigkeit der entsprechenden Hilfeangebote besonders hinzuweisen ist, und f) Sperrverfahren 6. Früherkennung unter Einbeziehung suchtwissenschaftlicher Erkenntnisse
--	--

	<ul style="list-style-type: none"> 7. Frühintervention und Information über regionale Suchtberatungsstellen sowie andere anbieterunabhängige Hilfeangebote 8. Umsetzung der Sperrverfahren mit Selbst- und Fremdsperren 9. kontinuierliche Dokumentation der durchgeführten Maßnahmen zum Zweck von Rückschlüssen auf die Auswirkungen der jeweils angebotenen Glücksspiele auf das Spielverhalten und auf die Entstehung von Glücksspielsucht sowie zur Beurteilung des Erfolgs der durchgeführten Maßnahmen zum Jugend- und Spielerschutz 10. Berichterstattung unter Zugrundelegung der Dokumentation alle zwei Jahre gegenüber den Glücksspielaufsichtsbehörden oder sonstigen zuständigen Erlaubnisbehörden
--	--

2. Wann muss das Sozialkonzept das erste Mal nach Inkrafttreten des neuen HSpielhG aktualisiert werden? Gelten die nach dem alten Recht erstellten Konzepte nur noch vorübergehend oder von ihrer Vorlage an zwei Jahre?

Wenn das Sozialkonzept bereits nach den Anforderungen des § 6 Abs. 2 GlüStV 2021 erstellt wurde, muss es nicht sofort erneuert werden. Die Zweijahresfrist beginnt dann mit Vorlage bei der Erlaubnisbehörde. Andernfalls muss es ergänzt werden. Eine zwingende Frist gibt es nicht. Demnach muss das Konzept **spätestens nach Ablauf von zwei Jahren** gem. § 4 Abs. 1 Satz 2 HSpielhG ab der letzten Vorlage entsprechend den verschärften Vorgaben erneuert werden.

3. Werden Sozialkonzepte, die nach dem Maßstab anderer Bundesländer erstellt wurden, auch in Hessen anerkannt?

Diese werden nicht ohne Weiteres – also automatisch – anerkannt. Entscheidend sind die jeweiligen Inhalte. Soweit die hessischen Anforderungen erfüllt werden, können die jeweiligen Sozialkonzepte akzeptiert werden. Andernfalls sind sie anzupassen.

B. Schulungen und Sachkundenachweis

1. Wann ist das Personal das erste Mal nach Inkrafttreten des neuen HSpIhG zu schulen?

Neues Personal ist nach dem Wortlaut des § 4 Abs. 1 Satz 4 HSpIhG spätestens bis zum Ablauf von **drei Monaten** nach Aufnahme seiner Tätigkeit erstmals nach den neuen Vorgaben zu schulen.

Sonstiges Personal von Verbundspielhallen, das nach Nr. 1 e) des Erlasses des HMdIS vom 24. September 2021 bereits im letzten Jahr im Hinblick auf § 6 GlüStV 2021 geschult wurde, bedarf zunächst keiner weiteren Schulung nach den neuen Anforderungen der §§ 4 Abs. 1, 13 Abs. 7 HSpIhG. Für dieses Personal gilt eine Übergangsfrist bis zum 31. Dezember 2023 gem. §§ 13 Abs. 1 Satz 2 HSpIhG. Bis zu diesem Zeitpunkt muss dieses Personal vollumfänglich nach den Anforderungen der §§ 4 Abs. 1 Satz 3, 13 Abs. 7 HSpIhG erneut geschult werden.

Auch schon vorhandenes Personal von Einzelspielhallen kann sich die bereits in den letzten Jahren durchgeführten Schulungsstunden anrechnen lassen, solange diese nicht länger als drei (Regel) bzw. zwei Jahre (bei geringerem Mindestabstand der Einzelspielhallen) her sind.

Personal von Einzelspielhallen, das im Jahr 2020 geschult wurde, ist dagegen mit Ablauf der Dreijahresfrist ab Ausstellung des Prüfungsnachweises im Laufe des Jahres 2023 gem.

§ 4 Abs. 1 Satz 5 HSpielhG nach den aktuellen Schulungsregeln vollumfänglich neu zu schulen.

Personal von Einzelspielhallen, bei dem die Dreijahresfrist bereits zum jetzigen Zeitpunkt abgelaufen ist, muss ebenfalls im Laufe des Jahres 2023 nach den neuen Regeln eine Wiederholungsschulung absolviert haben. Die Frist für jede weitere Wiederholungsschulung beginnt in jedem Fall mit Erhalt des neuen Schulungsnachweises.

2. Wann sind Betreiberinnen und Betreiber zu schulen?

Betreiberinnen und Betreiber von Einzelspielhallen, für die kein Sachkundenachweis erforderlich ist, müssen gem. § 6 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 GlüStV 2021 grundsätzlich **ebenso regelmäßig allgemein geschult werden wie das Personal.**

Gem. §§ 3 Abs. 2 Satz 2 Nr. 2, Abs. 3 Satz 2, 13 Abs. 6 HSpielhG besonders geschult werden müssen zum Erhalt des Sachkundeausweises nur Betreiberinnen und Betreiber von Ausnahmespielhallen.

Für Betreiberinnen und Betreiber von Verbundspielhallen gilt dies auch, wenn sie gem. Nr. 1 d), Nr. 3 des Erlasses des HMdIS vom 24. September 2021 bereits mit Blick auf die neuen Regelungen rudimentär geschult wurden. Denn der Erlass sollte gem. Nr. 7 nur eine Übergangsregelung bis zum Inkrafttreten des Gesetzes bieten (s.o.). Detaillierte Vorgaben hierzu regelt erstmals § 13 Abs. 6 HSpielhG. Nach altem Recht unterlagen die Betreiberinnen und Betreiber überhaupt keiner Schulungsanforderung. Ihnen wird gem. § 13 Abs. 1 Satz 2 HSpielhG jedoch eine Frist bis zum 31. Dezember 2023 gewährt.

Für Betreiberinnen und Betreiber von Einzelspielhallen mit geringerem Mindestabstand verweist § 3 Abs. 2 Satz 3 HSpielhG nicht ausdrücklich auf die den Verbundspielhallen nach § 13 Abs. 1 Satz 2 HSpielhG eingeräumte Karenzfrist bis 31. Dezember 2023. Eine solche Frist sollte jedoch in einer

(ggf. auch nachträglichen) Nebenbestimmung zur Erlaubnis als Auflage, auflösende Bedingung o.ä. eingeräumt werden. Denn in der Praxis kostet die neu vorgeschriebene Betreiberschulung sowohl auf Seiten der Schulungseinrichtungen als auch auf Seiten dieser Spielhallen einige Anpassungszeit. Realistischerweise können die hierfür erforderlichen besonderen Schulungsmodelle erst im 2. Quartal angeboten und wahrgenommen werden.

3. Wer nimmt die Betreiberschulung bei einer als GmbH organisierten Spielhalle wahr?

Ist die Spielhalle in Form einer GmbH o.ä. organisiert, ist sie als juristische Person gem. § 13 Abs. 1 GmbHG selbst Betreiberin. Sie wird gem. § 35 Abs. 1 GmbHG allerdings durch ihre Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer vertreten. Die anderen Gesellschaftsorgane (insbesondere die Gesellschafterversammlung, etwaige Aufsicht- oder Beiräte) sind nicht vertretungsbefugt. Ausnahme ist der sog. Gesellschafter-Geschäftsführer.

Die **Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer** nehmen im Rahmen ihrer nach außen grundsätzlich nicht beschränkbaren Vertretungsbefugnis alle Aufgaben der GmbH wahr. Somit müssen sie auch die jeweils erforderlichen Schulungen absolvieren. Die Gesellschafterinnen und Gesellschafter sind demgegenüber mangels außenwirksamen Entscheidungsbefugnissen keine Betreiberinnen und Betreiber und sind somit nicht zu schulen.

4. Wann hat der Sachkundenachweis der Betreiberinnen und Betreiber von Ausnahmespielhallen i.S.d. §§ 13 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3, 3 Abs. 2 Satz 2 Nr. 2, Abs. 3 Satz 2 HSpielhG vorzuliegen?

Der durch besondere Schulung (s.o.) zu erwerbende Sachkundenachweis der Betreiberin und des Betreibers stellt eine neue Anforderung dar.

§ 13 Abs. 1 Satz 2 HSpielhG stellt klar, dass der Sachkundenachweis (und die anderen Nachweise) bei Verbundspielhallen zwar nicht bereits mit dem Antrag auf Erteilung einer verlängerten Erlaubnis (wie die Nachweise bei den Einzelspielhallen gem. § 2 Abs. 2 Satz 3 HSpielhG), aber spätestens bis zum Ablauf des 31. Dezember 2023 vorzulegen ist.

Bei § 13 HSpielhG handelt es sich um eine Ausnahmeregelung, die den einstweiligen Fortbestand von Verbundspielhallen ermöglicht. Daher müssen sich auch alle Betreiberinnen und Betreiber von Verbundspielhallen, die bereits nach Nr. 1 d) des Erlasses des HMdIS vom 24. September 2021 einen (provisorischen) Sachkundenachweis erhalten haben, bis zum 31. Dezember 2023 erneut um einen Sachkundenachweis bemühen.

Zwar gibt es für die Betreiberinnen und Betreiber von Einzelspielhallen i.S.v. § 3 Abs. 2 Satz 2 Nr. 2, Abs. 3 Satz 2 HSpielhG mit geringerem Mindestabstand keine entsprechende Karenzfrist. Auch hier zwingen allerdings die tatsächlichen Gegebenheiten zur Gewähr eines Übergangszeitraums. Für diese Ausnahmespielhallen sollte der 31. Dezember 2023 als Fristende in einer (ggf. auch nachträglichen) Nebenbestimmung in Gestalt einer Auflage, auflösenden Bedingung o.ä. geregelt werden (vgl. auch die Ausführungen zu der Betreiberschulung).

5. Ist der Sitz der Schulungseinrichtung weiterhin nicht maßgebend, d.h. kann sie ihren Sitz z.B. auch in Baden-Württemberg haben?

Ja, für die Schulungseinrichtung ist **nur maßgeblich, dass sie als Suchthilfestelle öffentlich gefördert wird und die hessischen Anforderungen an die Schulungsinhalte erfüllt**. Anbieterinnen und Anbieter von Schulungen müssen daher zum einen Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter einer Suchthilfeeinrichtung sein, die Qualifikations- oder Tätigkeitsnachweise in den Bereichen Suchtprävention oder Suchtberatung sowie eine pädagogische Eignung besitzen. Zum anderen muss die Suchthilfeeinrichtung von öffentlichen Stellen eine finanzielle Unterstützung erhalten. Wo die Schulungsanbieter sitzen, ist nicht entscheidend.

6. Müssen die acht vorgeschriebenen Unterrichtsstunden vom gesamten Personal abgeleistet werden oder wird – wie nach altem Recht – zwischen Servicekräften und Spielerschutzbeauftragten unterschieden?

Geschult werden soll nach § 4 Abs. 1 Satz 3 HSpielhG das gesamte **„Personal, in dessen Aufgabenbereich bestimmungsgemäß der Kundenkontakt gehört“**. Das sind alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in einem unmittelbaren Kontakt zu den Spielerinnen und Spielern stehen. Dabei spielt es keine Rolle, ob es sich um Aushilfen, Auszubildende oder Angestellte (auch Geschäftsführer) handelt. Alle sind im gleichen Umfang von acht Unterrichtsstunden zu schulen. Den Schulungsinhalt bestimmt allerdings gem. §§ 4 Abs. 1 Satz 7, 13 Abs. 7 Satz 3 HSpielhG die schulende Stelle selbst. Insoweit bleibt also Raum für Differenzierungen.

Einer Schulung bedarf es zudem nur für solches Personal, das tatsächlich mit den Spielerinnen und Spielern in Berührung kommt. Für anderes Personal, das nicht zwingend für die Gefahren des Glückspiels sensibilisiert sein muss, wie etwa Reinigungskräfte, ist eine Schulung entbehrlich.

7. Wie sieht die „besondere Schulung“ des Personals von Ausnahmespielhallen i.S.d. §§ 13 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4, Abs. 7, 3 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3, 3 Abs. 3 Satz 2 HSpielhG und der Betreiberinnen und Betreiber gem. § 13 Abs. 6 HSpielhG aus?

§ 13 Abs. 7 Satz 1 und 2 HSpielhG verlangt, dass das Personal von Verbundspielhallen statt nur alle drei bereits **alle zwei Jahre Wiederholungsschulungen** wahrnimmt und dabei über die **„Besonderheiten und Herausforderungen von Verbundspielhallen im Vergleich zu Einzelspielhallen, insbesondere in Bezug auf den Jugend- und Spielerschutz und die zu dessen Gewährleistung zu ergreifenden Maßnahmen“**, informiert wird. Ähnliches gilt gem. §§ 3 Abs. 2 Satz 3, 3 Abs. 3 Satz 2, 13 Abs. 7 Satz 1 HSpielhG für Einzelspielhallen mit geringerem Mindestabstand.

Dieses muss alle zwei Jahre über die **„Besonderheiten und Herausforderungen von Spielhallen mit geringerem Mindestabstand“** unterrichtet werden.

Dieses Personal muss also nicht nur häufiger, sondern auch spezifischer unterrichtet werden als Personal der anderen Spielhallen. Es sind also zumindest besondere Unterrichtseinheiten für dieses Personal anzubieten. Dabei kann es keine Rolle spielen, ob das Personal in separaten Kursen oder in Ergänzung des für alle anderen verpflichtenden Schulungsprogramms unterrichtet wird. Vorgegeben ist nur die Mindeststundenzahl von acht Stunden für das gesamte Personal. Die weiteren Einzelheiten regelt die Schulungseinrichtung gem. §§ 4 Abs. 1 Satz 7, 13 Abs. 7 Satz 3 HSpilhG selbst.

Verpflichtend über **zehn Stunden besonders geschult** werden müssen die **Betreiberinnen und Betreiber von Ausnahmespielhallen**. Diese Schulung ist gem. §§ 13 Abs. 6, 3 Abs. 2 Satz 3, 3 Abs. 3 Satz 2 HSpilhG noch spezieller als die des Personals von solchen Spielhallen. Sie „umfasst insbesondere Themen wie das Recht der GewO und der SpielV des Bundes, das HSpilhG, die landes- und bundesgesetzlichen Vorgaben zum Jugendschutz und zum Schutz der Spielerinnen und Spieler sowie mögliche Maßnahmen zur Wahrung dieser Vorgaben unter Berücksichtigung der spezifischen Bedingungen in Verbundspielhallen“ bzw. Einzelspielhallen mit geringerem Mindestabstand.

8. Sind detaillierte Schulungsvorgaben ebenfalls für Wettvermittlungsstellen, Annahmestellen oder den Gastronomiebereich geplant?

Nein, derzeit nicht. Nach den aktuellen wissenschaftlichen Studien und Erfahrungen der Beratungs- und Behandlungsstellen ist der Anteil glückspielsüchtiger Spielerinnen und Spieler bei keinem anderen terrestrischen Glückspiel so hoch wie bei Spielgeräten mit Gewinnmöglichkeit. Angesichts ihrer Kumulation von Spielautomaten stellen dabei Spielhallen (und in besonderem Maße die Ausnahmespielhallen) die

gefährlichsten terrestrischen Glückspielstätten dar. Für deren Personal sowie Betreiberinnen und Betreiber schreiben §§ 3 Abs. 2 Satz 3, 4 Abs. 1, 13 Abs. 6, 7 HSpielhG deshalb besonders detaillierte Schulungen vor.

Wettvermittlungsstellen, Annahmestellen oder Gaststätten mit Spielgeräten haben dieses ganz besondere Gefährdungspotential nicht. Der Gesetzgeber hält gem. §§ 8 Abs. 3 Nr. 6, 9 Abs. 4 Nr. 4 HGlüG daher die allgemeineren Vorgaben des § 6 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 GlüStV 2021, regelmäßige Schulungen vorzunehmen, für ausreichend.

C. Akkreditierungen

Gibt es eine Liste der akkreditierten Prüfstellen für die Zertifizierung der Ausnahmespielhallen i.S.d. §§ 3 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1, 3 Abs. 3 Satz 2, 13 Abs. 1 HSpielhG?

Derzeit gibt es noch keine akkreditierten Prüforganisationen, die diese Ausnahmespielhallen zertifizieren könnten. Die Akkreditierungen können ausschließlich von der **Deutschen Akkreditierungsstelle (DAkKS)** vorgenommen werden. Nach aktueller Auskunft der DAkKS laufen bereits mehrere Antragsverfahren. Sobald die ersten Prüforganisationen akkreditiert sind, werden die Erlaubnisbehörden informiert. Außerdem veröffentlicht die DAkKS auf ihrer Website eine Liste (www.dakks.de). Dort finden sich auch Informationen zu den Prüfprogrammen, deren Akkreditierungsfähigkeit die DAkKS festgestellt hat. Ansprechpartner hier ist Herr Carsten Klein (carsten.klein@dakks.de; +49 (0)30 67 05 91-450).

Für die Übergangszeit müssen die Erlaubnisse in einer (ggf. auch nachträglichen) Nebenbestimmung mit einer Karenzfrist bis zum 31. Dezember 2023 in Form einer auflösenden Bedingung, Auflage o.ä. versehen werden, wonach die Zertifizierung nachzuholen ist.

D. Berichts- und Dokumentationspflichten

1. Welche Richtlinien gelten für die Dokumentations- und Berichtspflichten? Wird sich das Berichtsformular ändern?

Zu den Anforderungen an die Veranstalterinnen und Veranstalter, Vermittlerinnen und Vermittler von Glücksspielen gehört gem. § 6 Abs. 2 Satz 3 Nr. 9 und Nr. 10 GlüStV 2021 insbesondere auch die kontinuierliche Dokumentation der durchgeführten Maßnahmen des Sozialkonzepts „zum Zweck von Rückschlüssen auf die Auswirkungen der jeweils angebotenen Glücksspiele auf das Spielverhalten und auf die Entstehung von Glücksspielsucht sowie zur Beurteilung des Erfolgs der durchgeführten Maßnahmen zum Jugend- und Spielerschutz“. Auf der Grundlage dieser Dokumentation ist gegenüber den zuständigen Erlaubnisbehörden zu berichten.

Laut Begründung zu § 6 Abs. 2 Satz 3 Nr. 9 GlüStV 2021 ist weiterhin eine **„formularbasierte standardisierte Dokumentation zur Vergleichbarkeit“** gesetzlich gewollt und alle zwei Jahre darüber der Behörde zu berichten. Das bisher für Spielhallen verwendete Berichtsformular muss jetzt an die neuen gesetzlichen Anforderungen, insbesondere an den erweiterten Maßnahmenkatalog des Sozialkonzepts als dessen Kernbestandteil, angepasst werden.

Bis zur Vorlage eines neuen Formulars wird empfohlen, sich weiter an dem bislang nur für Spielhallen verfügbaren zu orientieren. Auch insoweit muss die Erlaubnis um eine (ggf. auch nachträgliche) Nebenbestimmung in Form einer auflösenden Bedingung, Auflage o.ä. ergänzt werden, innerhalb einer bestimmten Frist nach Veröffentlichung des neuen Formulars die Dokumentation und den Bericht anzugleichen.

2. In welchem zeitlichen Abstand müssen die Betreiberinnen und Betreiber von Spielhallen berichten?

Spielhallenbetreiberinnen und -betreiber haben den zuständigen Behörden gem. §§ 6 Abs. 2 Satz 3 Nr. 10 GlüStV 2021, 4 Abs. 2 HSpielhG unter Zugrundelegung der Dokumentation **alle zwei Jahre** zu berichten.

3. Gibt es eine Regelung bis zu welchem Stichtag?

Für Spielhallenbetreiberinnen und -betreiber gilt nach § 4 Abs. 2 Satz 2 HSpielhG, dass die Unterlagen der Dokumentation **erstmalig zum 1. Juli 2023** vorzulegen sind.

4. Auf welchen Gesetzen, Verordnungen, Erlassen, Mustersozialkonzepten u.a. beruhen diese Anforderungen?

Die Anforderungen beruhen auf §§ 6 Abs. 2 Satz 3 Nr.10 GlüStV 2021, 4 Abs. 2 HSpielhG sowie den jeweiligen Erlaubnissen.

E. Sonstige Regelungen für Verbundspielhallen

1. Muss es sich bei den Betreiberinnen und Betreibern von Verbundspielhallen um jeweils unterschiedliche natürliche oder juristische Personen handeln?

Nein. Das Gegenteil ergibt sich bereits aus den Erläuterungen zu § 29 Abs. 4 GlüStV 2021. „Gemeinsam“ bedeutet nur, dass ein einheitlicher Antrag für alle in einem Verbund stehenden Spielhallen gestellt werden muss. In den Erläuterungen zu § 29 Abs. 4 GlüStV 2021, der die Rechtsgrundlage für § 13 Abs. 1 HSpielhG bildet, heißt es dazu: „Voraussetzung für diese Ausnahme ist ein gemeinsamer Antrag der – oftmals in dieser Konstellation ohnehin identischen – Betreiber.“

§ 13 Abs. 1 Satz 1 HSpielhG übernimmt wörtlich die Formulierung „gemeinsamer Antrag“. Deshalb kann hiermit keine Beschränkung auf verschiedene Personen gemeint sein.

2. Setzt die Anwendung der Übergangsvorschrift des § 13 HSpielhG voraus, dass für alle betroffenen Verbundspielhallen die Befristung zum selben Datum ausläuft?

Nein. Diese Einschränkung ergibt sich weder aus dem Wortlaut noch aus der Begründung. Voraussetzung ist, dass die beantragenden Verbundspielhallen nicht inzwischen bestandskräftig untersagt wurden oder einen ablehnenden Erlaubnisbescheid erhalten haben, § 13 Abs. 1 Satz 3 HSpielhG.

3. Was gilt für Verbundspielhallen, deren Erlaubnis inzwischen ausgelaufen ist?

Soweit Verbundspielhallen die Voraussetzungen des § 13 HSpielhG erfüllen, können sie nach dieser Vorschrift eine **Erlaubnis bis längstens 30.06.2032** erhalten. Ausgeschlossen sind nach § 13 Abs. 1 Satz 3 HSpielhG nur die Spielhallen, für die zum Zeitpunkt der Entscheidung über den Antrag eine bestandskräftige Untersagung oder Ablehnung eines Erlaubnisantrags vorliegt. In der Begründung zum Gesetzentwurf heißt es hierzu:

„Abs. 1 Satz 3 stellt klar, dass die Erteilung einer Genehmigung für all die Spielhallen ausscheidet, für die zum Zeitpunkt der Entscheidung über den Antrag eine bestandskräftige Untersagung oder Ablehnung eines Erlaubnisantrags vorliegt. Unter den Anwendungsbereich des Abs. 1 Satz 1 fallen damit im Umkehrschluss alle Verbundspielhallen, die zum Stichtag tatsächlich betrieben wurden. Darauf, ob der Betrieb der Spielhallen zum Stichtag rechtmäßig, erlaubt oder erlaubnisfähig war, kommt es im Grundsatz nicht an.“

4. Ist § 13 HSpielhG auch bei Betreiberwechsel anwendbar?

Ja. § 13 HSpielhG ermöglicht den Fortbestand von Verbundspielhallen, die bereits am 01. Januar 2020 bestanden. Die Norm ist auch bei einem Betreiberwechsel der Spielhalle nach dem 01. Januar 2020 anzuwenden. Denn diese Vorschrift gewährt – wie seine Rechtsgrundlage, § 29 Abs. 4 GlüStV 2021 – einen befristeten Vertrauensschutz nicht nur betreiber-, sondern auch spielhallenbezogen (vgl. auch Urteil des BVerwG vom 05.04.2017 – 8 C16/16 Rn 42ff., allerdings zur alten Rechtslage).

Das ergibt sich aus einem Umkehrschluss zu § 13 Abs. 1 Satz 3 HSpielhG. Da eine Genehmigungserteilung nur für Verbundspielhallen ausscheidet, die bereits bestandskräftig untersagt oder abgelehnt wurden, fallen unter den Anwendungsbereich des § 13 HSpielhG alle übrigen existierenden Spielhallen. Auf die – auch betreiberbezogenen – Voraussetzungen einer Genehmigung nach § 13 Abs. 1 Satz 2 HSpielhG kommt es zunächst nicht an. Sie müssen erst zum 31. Dezember 2023 vorliegen (siehe auch Begründung zu § 13 HSpielhG).

Wegen der daraus folgenden begrenzten Spielhallenbezogenheit des § 13 Abs. 1 HSpielhG kann sich grundsätzlich auch eine neue Betreiberin bzw. ein neuer Betreiber auf den mit dieser Regelung gewährten Bestandsschutz stützen. Voraussetzung ist allerdings, dass die Spielhalle seit dem Stichtag 01. Januar 2020 ohne auch nur geringfügige Unterbrechung tatsächlich betrieben wurde. Die Übergabe der Spielhalle muss also unmittelbar von der bisherigen bzw. dem bisherigen auf die neue Betreiberin bzw. den neuen Betreiber erfolgen. Dabei muss die neue Betreiberin bzw. der neue Betreiber bei wirtschaftlicher Betrachtung die von der bisherigen Betreiberin bzw. dem bisherigen Betreiber getätigten Investitionen und die damit verbundenen Bestandsrisiken mit dem Kaufpreis übernommen haben.

Gibt die bisherige Betreiberin bzw. der bisherige Betreiber seine Spielhalle zunächst auf und gründet letztlich nur eine andere Betreiberin bzw. ein anderer Betreiber am selben Standort eine neue Spielhalle, liegt keine Übernahme und damit auch kein Betreiberwechsel vor.

Die Nachfolgerin bzw. der Nachfolger muss allerdings gem. § 2 Abs. 6 Satz 2 HSpielhG für sich eine neue Erlaubnis beantragt und bis zum 31. Dezember 2023 die speziellen betreiberbezogenen Erfordernisse des § 13 Abs. 1 Satz 2 HSpielhG erfüllen (Sachkundenachweis, besondere Schulung des Personals, etc.). Entsprechend dem allgemeinen gewerberechtlichen Grundsatz ist die Erlaubnis selbst nicht übertragbar. Vielmehr löst ein Betreiberwechsel unmittelbar eine neue Erlaubnispflicht aus.

§ 13 Abs. 1 Satz 2 HSpielhG setzt dabei eine Ausschlussfrist bis zum 31. Dezember 2023. Nachfolgerinnen und Nachfolger, die Verbundspielhallen erst zu oder nach diesem Stichtag übernehmen wollen, können sich nicht mehr auf Vertrauensschutzgesichtspunkte berufen.

5. Wann hat eine Spielhalle im Sinne des § 13 Abs. 1 HSpielhG „in einem baulichen Verbund mit weiteren Spielhallen“ zum Stichtag 01 Januar 2020 gestanden?

Die Voraussetzung „bestehende Spielhallen“ setzt nicht zwingend einen zeitlich durchgängigen aktiven Betrieb der Verbundspielhalle voraus. Erforderlich ist jedoch, dass der Teil der Spielhalle, der zum Stichtag 1.1.2020 nicht mehr aktiv betrieben wurde, noch in seinem **baulichen Bestand als Spielhalle existiert und seitdem nicht anderweitig in Benutzung** ist. Zudem darf in derartigen Konstellationen gerade kein Betreiberwechsel stattgefunden haben.

6. Dürfen nur Personen, die das 21. Lebensjahr vollendet haben, eine Verbundspielhalle betreten?

Das in § 13 Abs. 1 Nr. 5 b) HSpielhG festgelegte Betretungsverbot zu den Räumlichkeiten der im Verbund stehenden Spielhallen für alle Personen unter 21 Jahren, gilt nur für diejenigen **Personen, die am Spiel teilnehmen** wollen. Dieses Verbot gilt nicht für Dienstleisterinnen oder Dienstleister, die die Spielhalle für die Erfüllung ihrer Dienstleistung erbringen müssen (z.B. Technikerinnen oder Techniker für die Spielgeräte). Ebenso dürfen weiterhin in der Spielhalle Personen zwischen dem 18. und 21. Lebensjahr beschäftigt werden (z.B. Auszubildende). Solchen Personen ist aber die Teilnahme am Spiel untersagt.